

Die „Karlsruher Offensive“

vorgestellt bei „Karlsruhe wehrt sich“ am 20. März

Die 35 Teilnehmenden von „Karlsruhe wehrt sich“ sammelten sich um 19 Uhr auf dem Stephanplatz und „marschierten“ zum Ordnungsamt. Dort hielt Ester Seitz eine Rede zum Verhalten von Polizei und Ordnungsamt am 11. März bei der letzten Kundgebung von „*Karlsruhe wehrt sich*“: Die Karlsruher Polizeiführung und das Ordnungsamt der Stadt Karlsruhe hätten sich am 11. März strafbar gemacht.

Was am 11. März vor dem Bundesverfassungsgericht passiert ist, das hat die Situation in Deutschland exemplarisch entlarvt. Weil was dort passiert ist, ist, dass eine Spontandemo auf befriedetem Gebiet zugelassen wurde. *[Es handelte sich um eine antifaschistisch motivierte Menschenansammlung mit Tröten und Trommeln, etwa 10 Meter entfernt von der Stelle, an der „Karlsruhe wehrt sich“ eine langfristig angemeldete Kundgebung durchführen wollten – was Ester Seitz als Kundgebungsleiterin dann verweigerte].* Und auf der Homepage des Bundesinnenministeriums steht, dass Spontandemos im befriedeten Gebiet unter allen Umständen verboten sind.¹

Und doch hat weder die Ordnungsbehörde noch die Polizeiführung das getan, wozu sie rechtlich verpflichtet gewesen wäre: Nämlich diese vom Bundesinnenministerium verbotene Kundgebung aufzulösen. Nein: Sie wurden dort zwei Stunden lang geduldet, und wir konnten unsere Kundgebung dort nicht durchführen, weil das Gepfeife und das Gekreische dort so laut war. Und das fällt definitiv unter den Paragraphen 21 des Versammlungsgesetzes. Die grobe Störung einer Kundgebung. Die Polizei und das Ordnungsamt haben sich [hier], das sagen unsere Anwälte, strafbar gemacht. Weil ganz klar deutsches Recht gebrochen wurde. [Aber] diese Verantwortlichen vom 11. März sitzen immer noch in ihren Büros und wärmen sich immer noch ihre Hintern an ihren Sesseln – und es passiert nichts.

Deutschland befinde sich laut Ester Seitz in einem Zwischenstadium zwischen Demokratie und Diktatur – in einer Demokatur: Der 11. März stehe exemplarisch für jene. Und als Zeichen des Protestes habe „*Karlsruhe wehrt sich*“ beschlossen, die „*Karlsruher Offensive*“ zu starten. Besser gesagt hat Ester Seitz beschlossen, ihrer bisherigen Ichshow noch einen draufzusetzen:

„Was wir vorhaben, ist, dass wir sieben Tage lang jeden Tag fünf Stunden vor dem Ordnungsamt stehen. Und da geht es nicht um die Anzahl, und ich weiß, dass niemand von euch [von „Karlsruhe wehrt sich“] Zeit hat, sieben Tage lang hierher zu kommen. Das ganze wird am 27. März beginnen. Und ich werde sieben Tage lang hier stehen, wo ich heute stehe. Ich werde mir diese Zeit nehmen, um ein Zeichen zu setzen. Ich werde die Medien informieren, alle: Ausland, Inland. Und da geht es nicht um die Anzahl der Personen, sondern wie man das gestaltet und nach außen transportiert. Das nennt sich „Karlsruher Offensive“. Das hier ist jetzt nicht mehr der Kindergartenwiderstand, wo man mit tausend Leuten mal 'ne Runde im Kreis läuft, sondern das ist jetzt echter Protest. Da geht's ans Eingemachte, da geht's an die Reserven der Kraft. (...) Und wenn ihr immer gedacht habt, es macht keinen Sinn, einmal in der Woche irgendwo im Kreis zu laufen, dann schaut auf meine Facebookseite und dann schließt euch diesem klaren Zeichen an.“

Am 21. März wird Ester Seitz auf ihrer Facebookseite „Details“ zur „Karlsruher Offensive“ veröffentlichen

¹ Dort steht: „Spontanversammlungen in den befriedeten Bezirken sind nicht erlaubt, da sie keine Entscheidung über die Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Organe ermöglichen“ http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staatliche-Ordnung/Versammlungsrecht/Befriedete-Bezirke/befriedete-bezirke_node.html